

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe April 2015



Bekennnis zu nachhaltiger Waldbewirtschaftung

"Die Forstwirtschaft ist ein enorm wichtiger Wirtschaftsfaktor und sichert über 3,5 Millionen Arbeitsplätze in Europa. Eine kluge europäische Forststrategie erkennt daher die wichtige Rolle der Wälder an und stärkt diese Branche als nachhaltigen Wirtschaftsmotor", so Markus Ferber zur Abstimmung in Straßburg. Die neue EU-Forststrategie ist ein klares Bekenntnis zu mehr nachhaltiger Waldbewirtschaftung. Für Ferber steht vor allem eine verbesserte Koordinierung des Forstsektors auf europäischer Ebene im Vordergrund. "Eine nachhaltige, ressourceneffiziente Bewirtschaftung des Waldes ist nur dann machbar, wenn es zu keiner neuen Bürokratielawine kommt", betonte Ferber. Gemeinsame Grundsätze in der Forstpolitik sollen nicht zu einer Zentralisierung auf EU-Ebene führen. "Wir sorgen dafür, dass Waldbesitzern keine überflüssige Bürokratie zugemutet wird. Nicht Überregulierung, sondern subsidiär verankerte, sinnvolle Bewirtschaftungskriterien sind das vorrangige Ziel."

Automatischer Notruf: eCall wird Pflicht

Ab März 2018 soll jedes neue Auto in Europa mit einem automatischen Notruf ausgerüstet werden. Dafür stimmte das Europäische Parlament in Straßburg. "Es gibt weder technische noch rechtliche Gründe, hier weiter zu zögern. Wir wollen, dass die Technik, die Leben retten kann, in Neuwagen verpflichtend eingebaut wird", so Markus Ferber. eCall ist ein elektronischer Notruf, der durch Sensoren im Fahrzeug bei schweren Unfällen automatisch

die nächste Notrufzentrale alarmiert und den genauen Unfallort übermittelt. Rettungskräfte sind durch eCall um bis zu 60 Prozent früher am Unfallort. Nun müssen noch die Mitgliedsstaaten dieser wichtigen Initiative abschließend zustimmen.

EU-Flüchtlingspolitik

„Humanitäre Hilfe ist dringend notwendig, aber es wird nicht das Problem lösen. Damit hat man jahrelang das Geschäftsmodell der Schlepperbanden unterstützt und am Leben gehalten“, so der CSU-Europaabgeordnete, anlässlich der Schwerpunktdebatte zur EU-Flüchtlingspolitik. "Kurzfristige Maßnahmen müssen von langfristigen Maßnahmen begleitet werden. Hier müssen Außen-, Sicherheits-, Handels- und Entwicklungspolitik im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes ineinandergreifen." Ferber warnte vor einer Vermischung von Asyl- und Zuwanderungsrecht und hält die These von Linken und Grünen, dass Änderungen des Zuwanderungsrechts zu einer Lösung der Flüchtlingsproblematik führen würden, für „abenteuerlich“. „Ja, wir müssen uns über Änderungen und Verbesserungen im europäischen Asylrecht Gedanken machen.“ Der Vorschlag einer Quotenregelung, nach der Asylbewerber auf die jeweiligen Mitgliedsstaaten der EU aufgeteilt werden, sieht Ferber als Ansatzpunkt für eine Diskussion.

Verbrauch von Plastiktüten verringern!

Die EU-Mitgliedsstaaten müssen den Verbrauch der am weitesten verbreiteten und umweltschädlichsten Plastiktüten verringern.

Das Wegwerfen von Kunststofftüten führt zu Umweltbelastungen und verschärft das weitverbreitete Problem der Ansammlung von Abfällen in Gewässern. Nach dem Gesetz, das das Europäische Parlament diese Woche verabschiedet hat, können die EU-Regierungen entweder Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass der jährliche Durchschnittsverbrauch bis 2019 unterhalb von 90 leichten Kunststofftragetaschen pro Einwohner bleibt, und unterhalb von 40 bis 2025, oder gewährleisten, dass ab 2018 diese Tragetaschen nicht mehr kostenfrei ausgegeben werden.

Wettbewerbspolitik ist Verbraucherschutz

"Wenn Unternehmen ihre marktbeherrschende Stellung bewusst ausnutzen, um Wettbewerber zu benachteiligen, muss die Politik einschreiten", so Markus Ferber, Vorsitzender des Unterausschusses Wettbewerb im Europäischen Parlament. Beim Treffen der Ausschussmitglieder mit der zuständigen EU-Kommissarin Margrethe Vestager in Straßburg standen der Wettbewerbsbericht, die aktuellen Kartellverfahren gegen Google und Gazprom sowie der Stand der Untersuchungen der Steuervorbescheide in einigen Mitgliedsstaaten im Mittelpunkt. Markus Ferber begrüßte ausdrücklich das "entschlossene Vorgehen" und die "härtere Gangart" der EU-Kommissarin, im Gegensatz zu ihrem Vorgänger Joaquín Almunia, im Verfahren gegen den Gaskonzern Gazprom und Internetkonzern Google. „Google missbraucht seit langem seine Marktdominanz. Es war klar, dass die Zugeständnisse die Google gemacht hat, nicht ausreichend waren“, so Markus Ferber.

